

Politisches Handeln statt Lippenbekenntnisse zum Internationalen Tag der Beseitigung von Rassismus!

Halle, 21. März 2020. Ein Monat nach dem rassistischen Attentat in Hanau fordert DaMigra e.V. anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Rassismus ein Ende der politischen Lippenbekenntnisse. Die Rechte von Migrantinnen* auf Teilhabe, Gesundheit und körperliche Unversehrtheit müssen gerade jetzt in Zeiten der Krise gewahrt werden.

Wenn von Solidarität und gesellschaftlichem Zusammenhalt die Rede ist, dürfen wir nicht diejenigen aus den Augen verlieren, die einen besonderen Schutz brauchen. Wir denken nicht nur an die ältere Bevölkerung, sondern auch Menschen ohne Wohnung, Menschen, die an den Außengrenzen Europas ausharren müssen und all denjenigen, die in größeren Unterkünften leben müssen.

„Die Maßnahmen der Politik zur Eindämmung von COVID-19 offenbaren einmal mehr, wie in unserer Gesellschaft mit zweierlei Maß gemessen wird“, so Dr. Delal Atmaca, Geschäftsführerin von DaMigra e.V. „Während auf der einen Seite zu sozialer Distanzierung und eingeschränkter Mobilität aufgerufen wird, werden Abschiebungen nach Afghanistan durchgeführt und geflüchtete Menschen in Lagern gezwungen, auf engstem Raum zusammenzuleben. Die Bundesregierung muss agieren, und endlich eine menschenwürdige dezentrale Unterbringung ermöglichen.“

Laut einer Studie der UN ist der gefährlichste Ort für Frauen* ihr eigenes Zuhause. Die Maßnahmen der sozialen Isolierung gefährden somit in besonderem Maße Frauen*, die in gewaltvollen Beziehungen oder in Lagern leben. Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* ist ein gesamtgesellschaftliches und herkunftsunabhängiges Problem. Insbesondere Frauen* mit Migrations- oder Fluchtgeschichte haben durch die mangelnde Umsetzung und den Vorbehalt zur Istanbul-Konvention weniger Zugang zu den ohnehin sehr begrenzten Unterstützungsangeboten. Um die Pandemie zu bekämpfen und gleichermaßen Frauen* zu schützen, sind ein massiver Ausbau von diskriminierungsfreien und niedrigschwelligen Schutzunterkünften und Anlaufstellen unerlässlich. Die Rassismen und Sexismen des politischen Handelns zeigen sich nicht nur bei Fragen der Gesundheit und des Gewaltschutzes. Sie sind in allen gesellschaftlichen Bereichen und Milieus zu finden. Die Teilhabe von Frauen* mit Flucht- oder Migrationsgeschichte an dieser Gesellschaft ist erst dann möglich, wenn Sexismus und Rassismus in all seinen Facetten konsequent begegnet und die Gleichwertigkeit aller Menschen nach Art. 1 des Grundgesetzes anerkannt wird.

*DaMigra e. V. (Dachverband der Migrantinnen*organisationen) ist die Interessenvertretung von Migrantinnen*selbstorganisationen und ihren Belangen. Mit bundesweit über 70 Mitgliedsorganisationen aus unterschiedlichen Herkunftsländern steht der Verband als Ansprechpartner für Politik, Wirtschaft und Medien zur Verfügung, bietet Handlungsempfehlungen und kritische Begleitung von migrationspolitischen Prozessen. DaMigra e. V. setzt sich für Chancengerechtigkeit, Gleichberechtigung und für die Gleichstellung von Frauen* mit Migrationsgeschichte in Deutschland ein.*

Pressekontakt:

Alexandra Vogel, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit DaMigra e.V.

Mail presse@damigra.de

Mobile 0178 962 9274